ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Entwicklungspolitik: Anspruch und Wirklichkeit. Am Beispiel des Berichts der "Nord-Süd-Kommission" (Brand-Bericht)

Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1980) : Entwicklungspolitik: Anspruch und Wirklichkeit. Am Beispiel des Berichts der "Nord-Süd-Kommission" (Brand-Bericht), Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, ISSN 0507-4150, Humanistische Union, Berlin, Vol. 19, Iss. 5=47/6=48, pp. 24-32

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112360

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Udo Ernst Simonis

Entwicklungspolitik: Anspruch und Wirklichkeit

Am Beispiel des Berichts der „Nord-Süd-Kommission" (Brandt-Bericht)[1]

"At every stage of the North-South dialogue ... the evident malfunctions of planetary mechanismus has first been recognized, then deplored, then ignored, so that in face of the real perils approaching, the only answer has been patchwork and postponement."

The Financial Times, 13. 2. 80

"Imagine what ploughshares could be forged if men would lay down their swords!"

The Economist, 16. 2. 80

Vorbemerkungen

1. Am 5. Dezember 1979 schrieb *Harford Thomas* in *The Guardian* über die mögliche Bedeutung des Berichts der „Nord-Süd-Kommission"[2]: "The report could not be more urgently needed, for the so-called North-South dialogue has sunk into a state of desparing and resentful deadlock. The question, of course, is what notice will be taken of an ad hoc commission of this sort empowered to do nothing but make suggestions" *(The Guardian, 5. Dec. 1979)*. Ich freue mich, daß einige Notiz genommen haben und bereit sind, sich mit den Empfehlungen auseinanderzusetzen.

2. Der Zeitschrift *Entwicklung und Zusammenarbeit* vom Juni 1980 ist folgende Notiz zu entnehmen: „Am 25. April debattierten dreizehn Abgeordnete der im Bundestag vertretenen Parteien den Antrag der Opposition zur Steigerung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen, die Große Anfrage zur deutschen Entwicklungshilfe in internationalen Institutionen, den Vierten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung und auf Antrag der Regierungskoalition den Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen *(Brandt-Kommission)*". Wenig weiter heißt es dann: „Die Arbeit der Brandt-Kommission wurde allgemein gewürdigt. Bundesminister *Offergeld* betonte die Entsprechungen vieler Empfehlungen (der Kommission) mit der Entwicklungspolitik der Bundesregierung."

3. Die Welt ist nicht zu verbessern, ohne daß man wertend urteilt - indem man entscheidet, was gut und was schlecht ist und sagt, was sein soll. Die Ökonomie als Profession hat man verschiedentlich dahingehend charakterisiert, daß sie das Werturteil scheut; sie ist daher oft als Verteidiger des gesellschaftlichen und politischen Statusquo bezeichnet worden.
Entwicklungspolitik - als Bestimmung der Ziele, Auswahl von Mitteln und Festlegung von Strategien - ist wesentlich ein wertender Vorgang. Der Bericht der „Nord-Süd-Kommission" ist ein normativer Bericht, in seine Analysen sind bewußte Wertungen eingeflossen, seine Empfehlungen beziehen sich auf das, was zukünftig sein sollte.
Indem ich als Ökonom auf die in diesem Bericht beschriebene Entwicklungspolitik eingehe, will ich meinerseits einen wertenden Standpunkt einnehmen und deutlich machen, was ich an diesem Bericht gut, weniger gut oder schlecht finde. Ich hatte mir gedacht, daß es dazu ganz nützlich sein könnte, zunächst eine allgemeine Einschätzung und Kritik des Berichts zu geben und danach auf jeweils mindestens drei der zu den einzelnen Politikbereichen unterbreiteten Vorschläge einzugehen; dabei wähle ich solche Vorschläge aus, mit denen ich (bisher) am wenigsten übereinstimme bzw bei deren Umsetzung in entwicklungspolitische Praxis ich die größten Schwierigkeiten sehe. Ich will sagen, warum das so ist, dh worauf meine Kritik sich bezieht.

I. Allgemeine Einschätzung und Kritik des Berichts

Wollte man zunächst die charakteristischen Merkmale herausstellen, die den Bericht der *Brandt-Kommission* von anderen Berichten zur Nord-Süd-Problematik (insbesonders *Pearson-Bericht*[3] und *RIO-Bericht*[4]) unterscheiden, so wären - neben dem Hinweis auf Entstehungsgeschichte, Autorenschaft, Sprache und Erscheinungstermin - vor

allem zwei Punkte zu nennen: (1) Reichweite und Dringlichkeit der Analyse von Zustand und Entwicklungstendenzen der Nord-Süd-Problematik; (2) Methodik der entwicklungspolitischen Strategiebildung.

Zu 1: Kaum je zuvor ist die vielschichtige Nord-Süd-Problematik so facettenreich dargestellt und in ihren Entwicklungstendenzen so dramatisch beschrieben worden. Die Kapitelüberschriften finden sich zwar auch in den meisten entwicklungspolitischen Standardwerken. Neu ist aber die Dringlichkeit, mit der Probleme analysiert, Ziele deklariert und Strategien entworfen werden. Die Betonung des Berichts liegt darauf, daß die Krise nicht zukünftig möglich, sondern gegenwärtig vorhanden ist; ein fast apokalyptischer Unterton durchzieht den Bericht: „Die gegenwärtige Krise in den internationalen Beziehungen und der Weltwirtschaft bringt große Gefahren; und es scheint, als würden diese Gefahren immer ernster" (S 41). (Von „großen Gefahren", „tödlichen Bedrohungen" und „gewaltigen Risiken" schreibt der Vorsitzende in seinem Vorwort). Manche fachspezifischen Betrachtungen zur Welternährungslage, zur Bevölkerungsdynamik, zur Rohstoff- und Energiesituation, zur Industrialisierung und zur Technologieentwicklung sind sicherlich umfassender und detaillierter, nie aber in ihren vielfältigen Interdependenzen deutlicher herausgestellt worden. Neu ist vor allem auch die stärkere Einbeziehung der weltweiten Rüstungsexpansion in dem Nord-Süd-Zusammenhang: der Nachweis, auf welch vielfältige Weise und mit welcher Konsequenz die Rüstungsanstrengungen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung be- und verhindern.
Andererseits weist der Bericht in bezug auf die Reichweite der Analyse auch Defizite auf. Nur zwei davon will ich nennen: (a) Urbanisierungstendenzen, (b) ländliche Armut.

zu a: Keine Epoche hat eine so rasche Urbanisierung erlebt wie unsere. Nie zuvor in der Geschichte ging Industrialisierung mit einem so überproportionalen Wachstum der Städte einher. Diese Entwicklung geht mit ungeheuerlichen Problemen im Bereich eines Grundbedürfnisses des Menschen - dem Wohnen - einher, über das der Bericht so gut wie nichts sagt, im Gegensatz etwa zum RIO-Bericht von 1976 und zum letzten Weltbank-Bericht 1979.
zu b: Der Bericht der Nord-Süd-Kommission liefert eine Reihe frostiger Statistiken über die Armut in der Dritten Welt, und in seinem Vorwort bemerkt der Vorsitzende verschiedene irrationale Verwendungen knapper Ressourcen: Waffen statt Nahrungsmittel. Aber der Bericht sagt kaum, warum sich die Bedingungen der Armen weiter verschlechtert haben. Und, um das vorwegzunehmen, in Hinblick auf die Empfehlungen werden eher konventionelle Klischees wiederholt: „Besondere Beachtung sollte der Bewässerung, der Agrarforschung, der Bevorratung und umfassenden Nutzung von Dünger und anderen Hilfsmitteln und der Entwicklung der Fischerei geschenkt werden... Die Reform der Landwirtschaft ist in vielen Ländern von großer Wichtigkeit, um die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen und um den Armen höhere Einkommen in die Hand zu geben" (S 133).
Die Prüfung der wahren Gründe der (ländlichen) Armut, das Protokoll des Scheiterns vieler Landreformmaßnahmen, hätte mE ein unabdingbares und vordringliches Anliegen des Berichts sein müssen, das nicht am Argument der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder" scheitern darf.
Damit bin ich auch bereits beim zweiten Punkt meiner Kritik, der Methodik der entwicklungspolitischen Strategiebildung.

Zu 2: Das entwicklungsstrategische Grundkonzept des Berichts läßt sich mit einem Begriff beschreiben: „mutuality of interest", „gemeinsame Interessen". Der Bericht symbolisiert in gewisser Weise die Abkehr vom moralischen Imperativ der Entwicklungshilfe und die Hinwendung zum Interessenaspekt, genauer: zum Thema der vermeintlich gemeinsamen Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern, noch genauer: der gemeinsamen Interessen der Eliten von Nord und Süd. Diese These bedarf ein wenig der Erläuterung.
Die Analyse des Zustandes und die Empfehlungen zur Änderung des Zustandes des Nord-Süd-Problems sind weniger neu, neu ist der methodische Ansatz der Strategiebildung. Obwohl etwa ein Appell an die Prinzipien der Nächstenliebe, der moralischen Verantwortung und der sozialen Gerechtigkeit ausreichen würden, die meisten der Empfehlungen zu rechtfertigen, sind diese Prinzipien bewußt „tiefer gehängt" worden. Vielmehr herrscht die (implizite oder explizite) Annahme, daß die moral suasion im Nord-Süd-Dialog bisher nicht gerade erfolgreich funktioniert habe; das Thema der Kommission heißt: „Gemeinsamkeit der Interessen". Um es in den Worten eines der

Kommissionsmitglieder zu sagen: „if the North cannot be moved by morality why should we hesitate to move it on grounds of self-interest" (*Shridath Ramphal,* Interview in: *The Guardian,* 13. Februar 1980). Dies ist ein Thema mit prägenden Konsequenzen. In Stichworten:
- Reform, nicht Revolution;
- Harmonie suchen, statt Konflikte austragen;
- Gleichgewichte herbeiführen, statt Ungleichgewichte fördern;
- Integration statt Abkoppelung, linking statt de-linking der Entwicklungsländer in den Weltmarkt;

und letztlich:
- Ökonomisierung und Entpolitisierung der Weltprobleme.

(In vielen Kapiteln führt dies zugleich zu einer Verniedlichung bestimmter Probleme, zB: Transnationale Unternehmen, Rohstoffhandel, Industrialisierung.)

Eine erste entscheidende Frage an den Bericht ist - dementsprechend - die nach diesem Grundverständnis: Ist die Suche nach der Instrumentalisierung der „gemeinsamen Interessen", die Betonung der Interessenharmonie, die Beschwörung der gegenseitigen Abhängigkeit von Nord und Süd der richtige, oder besser: der realistische Weg? Oder ist es nur eine Schimäre, wie etwa die „trickle-down-theory" des Wirtschaftswachstums, oder eine Phrase, wie die „Grundbedürfnisstrategie", der in Wirklichkeit so wenig gefolgt ist?
Einer der Kritiker hat diese Frage wie folgt beantwortet: "No evidence is given for this remarkable suggestion that the lion should lie down with the lamb, other than a reiteration of Mr Brandt's belief that the members of the commission itself, 'coming from our very different political and economic backgrounds have been able to agree to work together with mutual interests, to avoid catastrophe" (*R. Gott:* When problems are as 'problems' do, in: *The Guardian,* 18. Dec. 1979). Und er schließt: "from the viewpoint of the world's peasants and slumdwellers, the community of interest between the *Brandt* commissioners (in their dark suits and sombre ties, all talking English) must have seemed all too obvious. And that is the heart of the development dilemma: The people discussing the problems are themselves part of the problem... The well-meaning developers are... blinded by their own assumptions" (*R. Gott,* ibd).
Eines der Mitglieder der Kommission gesteht: "It took us the whole of two years to be convinced that the kind of change the report recommends really was in the mutual interest of both the North and the South" (*S. Ramphal,* ibd).
Ich selbst gestehe, daß ich mich hier sehr schwer tue, und zwar auch aus folgenden Gründen. Der Bericht folgt im wesentlichen einem hoch-aggregativen Ansatz: „der Norden", „der Süden", „die Industrie-, die Entwicklungsländer". Herunter geht es dann nur noch zur Ebene der „ärmsten Entwicklungsländer". Der Bericht folgt keinem differenziert strukturierten sozialen Modell, er enthält keine soziale Strukturtheorie, die Zielgruppenorientierung der Vorschläge ist nur gering ausgeprägt. Vieles, was wir im Westen als Entwicklung verstehen, vieles von dem, was wir als der Entwicklung dienlich ansehen, wird in der Dritten Welt als Überfremdung angesehen und grundsätzlich oder von bestimmten sozialen Gruppen abgelehnt. Nicht erst die Re-Islamisierung sollte dies klar gemacht haben, auch unsere eigenen Zweifel an der Entwicklung sind Zeichen dafür, daß die „Gemeinsamkeit der Interessen" Grenzen unterliegt. *Willy Brandt* hat in seiner Einleitung auf diese Problematik aufmerksam gemacht, der Bericht hat sie jedoch nicht weiter vertieft.
Rechtfertigt dies aber die Einschränkung, die *Denzil Peiris* gegeben hat, daß es der Kommission darauf angekommen sei, „...to achieve a deal between the elites of the North and the South", daß der Schub der Vorschläge in Richtung eines „Konkordats der Eliten der beiden Welten" geht (*D. Peiris,* in: *The Guardian,* 3.3.80)?

Eindeutiger kann die Einschätzung des Berichts als ökonomisches Konzept ausfallen. Es ist im wesentlichen eine Art „Welt-Keynesianismus": Ankurbelung der Weltwirtschaft durch induzierte Aktivierung der Peripherie. Der Bericht geht davon aus, daß die notwendigen Veränderungen in den internationalen Beziehungen durch Verhandlungen herbeigeführt werden können und legt, entsprechend, eine Reihe von Empfehlungen vor, wie die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer beschleunigt und zugleich die Stagnationsprobleme der Industrieländer überwunden und ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft verhindert werden kann. So sollen die Maßnahmen im Sinne der Realisierung der „gemeinsamen Interessen" simultan positiv wirken. Fast alle Vorschläge enthalten ein Element des internationalen Ressourcentransfers und der nationalen Ausgabensteigerung, mit dem das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer stimuliert und eine nicht-inflationäre Belebung der Industrieländer erreicht werden soll. Die Empfehlungen, ins-

besondere die des Sofortprogramms 1980–85, lassen sich so mit einiger Berechtigung als weltweiter Keynesianismus bezeichnen. Der Bericht ist eindeutig wachstumsorientiert, dem reichen Norden und dem armen Süden wird ein gemeinsames Interesse an Wirtschaftswachstum unterstellt. Die Warnungen des ersten Berichts an den *Club of Rome* sind dagegen weitgehend vergessen; die Umweltprobleme werden angesprochen, aber als lösbar angesehen: für Produktion und Beschäftigung im Norden ist eine Wirtschaftsbelebung durch Handelsausweitung aufgrund massiven Ressourcentransfers an den Süden die beste Politik.

Warum aber soll *Keynesianismus* auf Weltebene funktionieren, wenn dies nicht einmal auf der Ebene von Nationalstaaten geschieht? Wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen den „gemeinsamen Interessen" dienen, warum sind sie dann bisher nicht bereits in Angriff genommen worden? Wenn in den Industrieländern bisher nur schwache Versuche zur Reaktivierung der Wirtschaft unternommen worden sind, warum sollte man diesen Anreiz willkommen heißen, wenn er über den Umweg der Dritten Welt erfolgt? Viele Fragen, auf die der Bericht mit der These antwortet: „Auf mittlere und längere Sicht haben Nord und Süd mehr an gemeinsamen Interessen, als die meisten bisher haben erkennen können" (S 28f) und denen er ein (modifiziertes) Kaufkraftargument entgegenstellt: „Die Industrieländer müssen heute an der Ausweitung der Märkte in den Entwicklungsländern interessiert sein. Dieses wird einen entscheidenden Einfluß haben auf die Arbeitsplätze in den 80er und 90er Jahren und ganz allgemein auf die Möglichkeiten künftiger Beschäftigung"...„Die Entwicklungsländer können am wirtschaftlichen Wohlergehen der Industrieländer nicht uninteressiert sein; denn davon hängt nicht nur deren Bereitschaft zu importieren ab, sondern auch deren Bereitwilligkeit, an einem konstruktiven Transfer von Ressourcen mitzuwirken" (S 29). Es ist zwar nicht zu verkennen, daß sich heute viele Fragen weltumfassend stellen, aber heißt dies, daß beim Versuch zu ihrer Beantwortung die anzustrebende Gemeinsamkeit des Handels im Sinne „gemeinsamer Interessen" bereits vorausgesetzt werden kann?

Strukturelle Probleme haben die Tendenz, mit steigendem Abstraktionsgrad abzunehmen. Gilt das Umgekehrte inbezugauf die Gemeinsamkeit der Interessen? Oder gilt vielmehr das alte englische Sprichwort: „Problems are as problems do"? Die Existenz „gemeinsamer Interessen" zwischen Nord und Süd wäre allein auch noch keine Garantie für ihre Akzeptanz. So mögen die Arbeitsplätze, die durch verstärkte Importe aus Entwicklungsländern bei uns verloren gehen (zufällig) mit der Zahl derjenigen übereinstimmen, die durch vermehrten Export in die Entwicklunsländer entstehen. Aber diese Rotation schließt Existenzverlagerung, erzwungene Mobilität, Einkommens- und Vermögenstransfers usw ein, alles Entwicklungen, die wirtschaftlich divergierende Interessen tangieren und Protektionismus und Subventionismus begünstigen. Wie tragfähig ist also das Konzept der „gemeinsamen Interessen" zwischen Entwicklungs- und Industrieländern in der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Praxis? Und weiter: die Verhandlungsmacht von Nord und Süd ist strukturell höchst ungleich. Machtstreben und Machterfüllung bestimmen den Gang der Ereignisse – ein grundlegender Aspekt, der in dem auf Interessengleichheit angelegten Bericht sehr vernachlässigt wird. Selbst wenn die meisten Empfehlungen beiden Seiten nutzen würden, der Süden hat, von der *OPEC* abgesehen, wenig an trade-offs zur Hand. Durch Kooperationsverweigerung inbezugauf Rohstoffe, Energie, Handel, Industrialisierung, Ressourcentransfer kann er dem Norden einigen Schaden zufügen, er würde sich selbst aber aller Wahrscheinlichkeit mehr schaden. Wenn dies so ist, wird die Annahme der Kommissionsvorschläge entscheidend abhängig von der Akzeptanz aufseiten der Industrieländer – und die ist bekanntlich nicht sehr ausgeprägt. Dies umsomehr, wenn die Solidarität der Entwicklungsländer untereinander weiter abbröckelt. Können die Entwicklungsländer aber ihren Anteil an wirtschaftlicher Macht und Einfluß auf die Entscheidungsmechanismen erhöhen durch Verzicht auf Konfliktstrategien? Wenn Interessen ungleich mächtig sind, verfestigt Konfliktverzicht wohl eher den Statusquo. Der *RIO-Bericht* von 1976 schrieb hierzu: "It is of absolute importance that the Third World retain its collective 'poor power'. Without it, it will prove infinitely more difficult to obtain major concessions from the rich nations and to arrange for a genuine transfer of resources" (S 107). Ein solcher oder ähnlicher Satz ist im *Brandt-Bericht* nicht zu finden.

II. Spezielle Einschätzung und Kritik des Berichts – Stellungnahme zu den Empfehlungen (Kapitel 4–16)

1. Die ärmsten Länder (Kapitel 4)

Die Kommission richtet ihr besonderes Augen-

merk auf die ärmsten Länder (Armutsgürtel Afrikas und Asiens und insbesondere, die am wenigsten entwickelten Länder). Sie folgt dabei - bedauernd - den offiziellen Kriterien der UN für die LLDC's, die, wie Kritiker nachgewiesen haben, die eigentliche Armut nicht erfassen. Sie schlägt ein Aktionsprogramm vor mit vielen Einzelmaßnahmen, das auf nationaler bzw übernationaler Ebene ansetzt bzw koordiniert werden soll, die regionalen Wirtschaftskommissionen erleben eine besondere Aufwertung.
Diese Vorschläge vernachlässigen also eine soziale Zielgruppenorientierung der Entwicklungspolitik, sie sind kein genuiner Beitrag zur Grundbedürfnisstrategie; sie entsprechen einem hochaggregierten, zentralistischen Ansatz, sie folgen einem Entwicklungsbegriff, den die Kommission - an anderer Stelle - selbst verwirft. Offen bleibt, ob an eine (Teil-)Zweckbindung der Mittel gedacht ist, und wie der Erfolg dieses Aktionsprogramms in Höhe von (immerhin) 80 Milliarden Dollar (Programm- oder Projektevaluierung) gewährleistet werden soll. Jeder massive Ressourcentransfer sollte daraufhin befragt werden, welche sozialen, poltischen, ökonomischen und ökologischen Folgen er haben kann.

2. Hunger und Ernährung (Kapitel 5)
Die Vorschläge zur Beseitigung des Hungers und der Unterernährung in der Welt werden in energischem Ton vorgetragen, bleiben wegen des Arguments der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten aber äußerst vage: „Die Reform der Landwirtschaft ist in vielen Ländern von großer Wichtigkeit..." (S 133). Bei den Vorschlägen zur internationalen Nahrungssicherung bzw zur Nahrungsmittelhilfe werden die Bedeutung organisatorischer Probleme unterschätzt und die möglichen negativen Verteilungseffekte weitgehend vernachlässigt. Schließlich zieht sich ein struktureller Widerspruch oder eine reformpolitische Unschärfe durch das ganze Empfehlungspaket: hier bedarfsorientierte Maßnahmen (Getreideabkommen, Notreserven, Nahrungsmittelhilfe-Fazilität, Arbeitsbeschaffungsprogramm), da Freihandel als Stabilisierungsmoment (Liberalisierung des Handels mit Lebensmitteln und anderen Agrarprodukten).

3. Bevölkerung - Wachstum, Mobilität und Umwelt (Kapitel 6)
Im Gegensatz zu dem in weiten Bereichen des Berichts durchgehaltenen Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Entwicklungsländer", ist die Kommission der Meinung, daß Entwicklungspolitik nationale Bevölkerungsprogramme umfassen sollte - und sie belegt dies mit einem sehr zum Widerspruch reizenden Argument: weil man „...ein ausreichendes Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Ressourcen anstreben" sollte. Denn schließlich sind wir es, die Menschen in den Industrieländern, die den Ressourcenverbrauch in der Welt in ungeheurem Maße haben ansteigen lassen. Man kann leider auch nicht sagen, daß die Kommission das Umweltproblem in seiner vollen Reichweite erkannt hat. Zwar heißt es: „Die weltweite Umweltbelastung entsteht hauptsächlich aus dem Wachstum der Industriewirtschaften" (S 148), aber gerade dieses Wachstum ist es, worauf der Bericht imsgesamt abstellt. Ein Beispiel also für „blinden Keynesianismus"?
Ziemlich offen bleiben schließlich die Empfehlungen darüber, daß die Schätze der Weltmeere (außerhalb der äußeren Wirtschaftszonen von 200 Seemeilen) „...nach internationalen Regeln im ausgewogenen Interesse der gesamten Weltgemeinschaft erschlossen werden" sollen. Dieser Kritik allerdings mag man das Wort des Kommissionsmitgliedes *Ramphal* entgegenhalten, der gesagt hat: "We were not negotiating for the world" (*The Guardian,* 13. Februar 1980).

4. Abrüstung und Entwicklung (Kapitel 7)
„Mehr Waffen machen die Menschheit nicht sicherer, nur ärmer". Was bisher meist nur von Wissenschaftern aufgezeigt wurde, wird nun auch von Politikern beklagt, daß die Mittel, die für Rüstung aufgebracht werden, für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung verloren sind: fast 500 Milliarden Dollar stellen Menschen im Jahr bereit, um sich gegenseitig zu bedrohen, und 20 Milliarden, um sich untereinander zu helfen. Und es ist in der Tat makaber, wie der Vorsitzende sagt, „daß sich der rascheste und dynamischste Transfer an hochmoderner Ausrüstung und Technologie von reichen zu armen Ländern im Bereich von Todesmaschinen vollzogen hat" (S 21). Würde nur ein Bruchteil des derzeitigen Aufwands an Geld, Arbeitskraft und Forschung für militärische Zwecke den Entwicklungsländern zugute kommen, so sähen ihre Zukunftsaussichten völlig anders aus.
„Die Öffentlichkeit muß besser informiert werden über die Lasten und die Verschwendung, die das Wettrüsten mit sich bringt, über den daraus entstehenden Schaden für unsere Volkswirtschaften, für die wegen des Wettrüstens keine Mittel (mehr)

vorhanden sind" (S 149). Die Präsentation und Diskussion des Berichts in der gegenwärtigen Krise der internationalen Beziehungen kann durchaus den Moment der Überprüfung traditionellen Handelns beschleunigen und deutlicher machen, welcher Weg zu wählen ist: „stock-piling of arms or peace and development". Diesem und allen anderen Empfehlungen des Berichts möchte ich daher voll zustimmen.
Und doch unterschätzt der Bericht in ökonomischer Sicht zB die praktische Relevanz des Beschäftigungsarguments, das allen Vorschlägen zur Abrüstung entgegengesetzt wird, und er unterschätzt auch das Ziel der Gewinnsicherung, das mit der Militarisierung der Welt verfolgt wird - wie aber auch die politische Tatsache, daß das Militär in den meisten Entwicklungsländern - neben der Administration und dem Erziehungssystem - die dritte Institution darstellt, in der sich der Staat innergesellschaftlich manifestiert.

5. Die Aufgabe des Südens (Kapitel 8)
Im Kapitel über die „Aufgabe des Südens" scheint die Kommission vom Prinzip der Nichteinmischung abweichen zu wollen. Es ist von zementierten Macht- und Einkommensstrukturen die Rede und von der Notwendigkeit von sozialen und wirtschaftlichen Reformen. Es sollen Entwicklungsstrategien benannt werden, „die, würden sie angewendet, der Weltgemeinschaft das echte Engagement der Entwicklungsländer signalisieren würden, den Gewinn aus der Entwicklung gerechter zu verteilen und sich entschlossen um die Mobilisierung der menschlichen und materiellen Hilfsmittel für die Entwicklung zu bemühen" (S 162). Was dann aber herauskommt, ist eher dürftig.
Ein wichtiger Grund, warum innerhalb der Entwicklungsländer zum Teil ganz erhebliche Disparitäten bestehen, liegt in der politischen Macht der Wohlhabenden (dem „internen Kolonialismus"), den notwendigen gesellschaftlichen Wandel zu verhindern. Der Vorsitzende der Kommission verspricht: „Wir aus dem Süden und aus dem Norden sollten offen miteinander sprechen über den Machtmißbrauch (abuse of power) durch Eliten..." (S 15f). Aber es scheint, als seien der Machtmißbrauch (die „abuses") lediglich Beschränkungen gewisser bürgerlicher Freiheiten. Wie der Machtmißbrauch durch Eliten beseitigt, wie die Perpetuierung von Armut überwunden werden kann, darüber habe ich wenig lesen können. Diese relative Indifferenz gegenüber der Politik und der Ökonomie der Macht und der Armut in den Entwicklungsländern könnte damit letztlich einer der wesentlichen Vorbehalte der *Brandt-Kommission* tangieren: die Reduzierung der Spannungen zwischen Nord und Süd.
Über die Art und Weise, wie die Mitwirkung breiter Schichten der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß erreicht werden könnte, wird so gut wie nichts gesagt: es werden Maßnahmen wie „Dezentralisierung staatlicher Verwaltungsstellen" und „Unterstützung für gesellschaftliche Organisationen" genannt... Die Frage, wie Reformpolitik geschehen könnte, bleibt damit offen.
Stattdessen werden viele Gedanken an regionale und subregionale Zusammenschlüsse und Zusammenarbeit verwendet: Handelspräferenzen, Zahlungs- und Kreditvereinbarungen, Organisationsformen zwischenstaatlichen Beistands - alles Vorschläge, die von der Ebene des Staates und seiner gefestigten Macht und Legitimation ausgehen, sie aber nicht infragestellen. Ist das die an Grundbedürfnissen sich ausrichtende Mobilisierungsstrategie für wirtschaftlich und sozial unterentwickelte Länder?

6. Rohstoffhandel und Entwicklung (Kapitel 9)
Neben den Empfehlungen zur Rohstoff-Entwicklung (stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer an Verarbeitung und Absatz der Rohstoffe) legte die Kommission großes Gewicht auf die „Stabilisierung der Rohstoffpreise" auf „ein einträgliches Niveau". Was aber ein einträgliches Niveau sei, wird eigentlich nicht gesagt (vgl S 185/186). Wenn aber Stabilisierung nicht nur Ausgleich zeitlicher Schwankungen, sondern auch Stabilisierung des Preisniveaus der Rohstoffe heißen sollte, dann enthält der Bericht eine erhebliche Schlagseite: er widmet sich nicht bzw nicht ausreichend dem altbekannten terms of trade-Argument, indem nämlich der Steigerung des Preisniveaus der Industriegüter (und der darin liegenden andauernden Benachteiligung der Entwicklungsländer) keine ausführliche Betrachtung geschenkt wird.
Einfach gefragt: Warum widmet der Bericht dem „Rohstoffhandel" ein Kapital, dem er kein Kapitel „Industriegüterhandel" gegenüberstellt?
Der Bericht geht (sinnvollerweise) von der baldigen Existenz des in den letzten Jahren heftig umstrittenen Common Fund (Gemeinsamer Fonds) aus und liefert dazu keine unnötigen Rückzugsgefechte, im Gegenteil. Ob dagegen die Befürwortung einer weiteren Finanzierungsfazilität für die Exploration von Bodenschätzen realistisch ist, scheint mir fraglich - ebenso wie der Aufbau von nationalen Vorratslagern innerhalb der Entwick-

lungsländer (und über die Einrichtung des Gemeinsamen Fonds hinaus) wohl auf wenig Gegenliebe bei den Rohstoffverbrauchern stoßen wird. Angesprochen wird die betrübliche Tatsache, daß über den Rohstoffhandel den tatsächlichen Urproduzenten (genannt werden die Frauen auf den Kaffee- und Teeplantagen und die Männer in den Bergwerken) nur ein Bruchteil der Endverbrauchspreise zukommt. Wie man dies ändern könnte, darüber aber sagt der Bericht nichts weiter, als daß für die Einhaltung von Arbeitsrichtlinien in den Rohstoffabkommen gesorgt werden solle (S 191).

7. Energie (Kapitel 10)

Erwartungsgemäß widmet die Kommission der Energieproblematik, der Energieverwendung und -verschwendung ein eigenes Kapitel, ja, sie ist, neben „Ressourcentransfer", „Ernährung" und „Reformen" (der internationalen Institutionen) zentraler Bestandteil des vorgeschlagenen kurzfristigen Sofortprogramms 1980–85. Die Forderung zum systematischen Abbau der hohen Abhängigkeit von knapper werdenden, nicht-erneuerbaren Energiequellen werden die meisten Betrachter unterschreiben können. „Ein Amerikaner verbraucht soviel Energie wie zwei Deutsche oder Australier, drei Schweizer oder Japaner, sechs Jugoslawen, neun Mexikaner oder Kubaner, 19 Malaien, 53 Inder oder Indonesier, 109 Ceylonesen, 438 Malier oder 1072 Nepalesen" (S 203). Die eindeutige Befürwortung der Atomenergie („Kernenergie ist eine weitere wichtige Alternative") mag vielen dagegen Anlaß genug sein, diese Empfehlungen der Kommission abzulehnen.

Ich möchte dagegen die Kritik auf zwei andere Punkte hinlenken: der Bericht überbewertet den Einfluß der nationalen staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Energieversorgung (keine institutionellen Änderungen gegenüber der Politik der multinationalen Konzerne und der Einsparungsbereitschaft der Verbraucher), und er unterbewertet den Gegensatz zwischen *OECD* und *OPEC,* indem er eine Interessenharmonie unterstellt, die weder bei den Mitgliedern der *OPEC* noch denen der *OECD* unterstellt werden kann. Hier gilt wieder meine generelle Kritik am Bericht, daß die Probleme leider nicht immer so sind, wie man möchte, daß sie wären!

Der Bericht fordert spezielle Absprachen, um die Energieversorgung der ärmeren Entwicklungsländer zu sichern, ohne aber direkt zur mengenmäßigen Mindestversorgung und zur Spaltung der Energiepreise aufzurufen.

Mehr als im allgemeinen Bericht, gehen die Passagen zum „Sofortprogramm 1980–85" ins Detail beim Öl: Öl-exportierende Länder sollen Produktionsnormen zusichern, Öl-verbrauchende Länder sollen sich auf Verbrauchsbeschränkungen verpflichten. Über gegenseitige Vereinbarungen sollten die Ölpreise auf einen Stand festgesetzt werden, „... der Anreize für Produktion und Einsparung bietet" (S 347) – was wohl als Preisanhebung zu verstehen ist. Ein zusätzliches Abkommen sollte vereinbart werden über eine an der Weltinflation ausgerichtete Preisindexierung (des Öls) und über Garantien des Wertes der Geldanlagen, die die Ölproduzenten (im Ausland) halten.

Zwei knappe, aber zentrale Einwände hierzu: was ist der Preis, der Anreize zur Einsparung bei wem und zu wessen Lasten bietet? Wieso sollen sich die Öl-produzierenden Länder mit einer Indexierung im Maße der Weltinflation (die wie ermittelt wird?) beschränken – was ja in gewisser Weise einem verteilungsmäßigen Statusquo entspräche – und aufgrund welcher überzeugenden Argumente soll dann die Indexierung auf einen Energieträger beschränkt bleiben? Viele Fragen zu einem einzigen Handlungsbereich!

8. Industrialisierung und Welthandel (Kapitel 11)

Der Bericht liefert ein Plädoyer für weitere Industrialisierung, für vorzugsweise exportorientierte, dh welthandelsintegrierte Industrialisierung! Er konstatiert die Alternative der binnenmarktorientierten Industrialisierung, gibt ihr aber kaum eine Perspektive! Und daß der Bericht nichts von Abkoppelung oder partiellem de-linking der Entwicklungsländer aus der Weltwirtschaft hält, brauche ich nicht zu betonen. Man muß aber daran erinnern, daß in der entwicklungspolitischen Literatur eine Reihe von Argumenten vorgebracht worden sind für eine temporäre, zeitlich begrenzte Abkoppelung. Das von *Friedrich List* postulierte Schutzzollargument ist schon sehr alt und enthält – entwicklungsstrategisch betrachtet – eine Neigung zur stärkeren Binnenorientierung der Entwicklungsländer, der kritischen Betrachtung ihrer (weiteren) Integration in die Weltwirtschaft und stattdessen der Stärkung der binnenwirtschaftlichen Kreisläufe: nicht der Schaffung von Wachstums-Enklaven, sondern der breiten Dynamisierung der Wirtschaft der Entwicklungsländer.

Der Bericht ist also nicht nur optimistisch bezüglich der positiven Wirkungen von Industrialisierung und Welthandel – er plädiert geradezu für

eine expansive Entwicklung auf diesen Gebieten! Dabei werden mE eine Reihe von (bisher üblichen und zukünftig auch zu erwartenden) sozialen Kosten der Industrialisierung vernachlässigt oder vergessen, nicht nur inbezugauf die natürliche und soziale Umwelt, sondern auch inbezugauf die Gefahren für die kulturelle Identität: Ein Modell für „saubere Industrialisierung" (clean industrialisation) liefert der Bericht mE nicht - obwohl, das muß gesagt werden, verschiedentlich von „neuen Modellen der weltweiten Industrieproduktion" gesprochen wird (was allerdings meist im Sinne der regionalen und produktspezifischen Arbeitsteilung begriffen wird).

9. Transnationale Unternehmen, Investitionen und Technologietransfer (Kapitel 12)

Die internationale Diskussion um pro und contra Multinationaler Konzerne (oder wie man neuerdings sagt: der Transnationalen Unternehmen) hat eine Konjunktur durchlaufen: heute überwiegen - bei Betrachtung bestimmter Bedingungen - die Pro-Argumente. Der Bericht spiegelt diese eher positive Einschätzung der TNU's. Aber: „Wirksame nationale Gesetze und internationale Verhaltensrichtlinien sind erforderlich, um den Technologietransfer zu steuern..." (S 251). Ist diese Technologiesteuerung als Investitionskontrolle wirklich ernst gemeint?

Viele der im Bericht angesprochenen Regeln des Verhaltens erscheinen mir eher als Versuche zur Garantie eines reibungslosen Ablaufs der Tätigkeit der TNU's in den Entwicklungsländern. „Mißtrauen gegen die TNU's abbauen, Vertrauen aufbauen" - diese Devise wird vielen Menschen (in Entwicklungsländern und Industrieländern) als Vernebelung der Machteinflüsse der TNU's erscheinen!

Der Bericht spricht davon, daß „die ständige Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen... das Recht aller Länder (ist)" (S 251). Da die Umsetzung dieser Empfehlung in vielen Fällen Enteignung heißt, beeilt sich der Bericht, die Notwendigkeit von Entschädigungen (angemessen und wirksam) zu fordern: Ist das ein überzeugendes Argument für jene, die sich durch ausländischen Besitz von eigenen Ressourcen historisch und aktuell ausgebeutet fühlen?

Doch gibt es zur Frage der Technologie auch viele Anregungen, die ich voll unterstützen möchte: die Förderung der Technologieentwicklung in den Entwicklungsländern selbst, die stärkere Anpassung der Technologie an die Bedürfnisse der Menschen in den Ländern der Dritten Welt.

10. Weltwährungsordnung (Kapitel 13)

Wie schon erwähnt und wie naheliegend, bringt der Bericht weite Passagen über die monetäre Ordnung und monetäre Probleme der Welt. Ja, ich möchte gleich kritisch anfügen: eine Überbetonung der monetären Voraussetzungen von Entwicklung überhaupt!

Mit einem verbesserten Sonderziehungsrecht für die Entwicklungsländer soll so etwas wie eine „internationale Währung" geschaffen werden - neue Sonderziehungsrechte in dem Umfange, „... in dem ein Bedürfnis nach nicht-inflationärer Ausweitung der Weltliquidität vorliegt" (S 275). Genau hier werden alle Monetaristen mit ihrer Kritik ansetzen: wie verhindert man eine weitere Inflationierung der Welt?

Daß der *IMK* keine übermäßige Gängelung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer vornehmen sollte und sie nicht durch übermäßige deflationäre Maßnahmen in die „Reinigungskrise" führt, die viele Menschen, wirtschaftliche und politische Einheiten (auch Regierungen!) negativ tangiert, darüber herrscht nicht nur bei der Gesamtheit der Entwicklungsländer, sondern auch bei vielen Kritikern von *Internationalen Währungsfonds* und *Weltbank* Einigkeit. Da die Kommission dies ebenso sieht, wundert es mich, daß nicht mehr über die Notwendigkeit des regionalen Clearings, dh der Behebung der Zahlungsbilanzprobleme der Schwachwährungsländer nachgedacht worden ist: wie kann man es schaffen, daß Indien und Malaysia miteinander Handel treiben, ohne daß man in US-Dollar oder englischen Pfund fakturieren muß!

11. Entwicklungsfinanzierung (Kapitel 14)

Das Herz der Sache des Berichts ist das Kapitel Entwicklungsfinanzierung: „Der Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer muß beträchtlich verstärkt werden" (S 318), die „Verfügbarkeit öffentlicher Entwicklungshilfemittel sollte erweitert werden" - übrigens unter Einbeziehung der osteuropäischen Länder und der Entwicklungsländer selbst - (S 318f), die „Kreditgewährung durch internationale Finanzierungsinstitute sollte verbessert werden" (S 319), die „Schaffung einer neuen internationalen Finanzierungseinrichtung - eines Weltentwicklungsfonds... sollte in Erwägung gezogen werden" (S 319), und letztlich, „der Kreditstrom von Geschäftsbanken... in die Entwicklungsländer muß verstärkt werden" (S 320).

Aus den Einzelempfehlungen hierzu, die teils sehr interessant sind, möchte ich nur wenige herausgreifen. „Mutual, universal, automatic" - „gemein-

sam, weltweit und in automatischer Weise" sollen große zusätzliche Finanzmittel zur Entwicklung aufgebracht werden. Also: von der „Bettelei zur Rente". Vorgeschlagen hierzu wird (neben dem von vielen Industrieländern zugesagten, aber nicht gehaltenen Versprechen, die öffentliche Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt in Form der 0,7%-Quote zu binden) eine Abgabenlösung: eine Abgabe auf:

- den internationalen Warenhandel oder
- die Waffenherstellung bzw den Waffenexport oder
- den internationalen Tourismus oder
- den Gemeinschaftsbesitz der Welt, insbesondere Rohstoffe auf dem Meeresgrund.

Die Fragen der Abgabenlösung intensiv zu diskutieren, halte ich für sehr wichtig, aber: die, wenn ich so sagen darf, Steuerbemessungsgrundlage ist nicht nur sehr heterogen, ihre Inzidenz (wer trägt die Abgabe letztlich?) ist sehr unterschiedlich, zB: bei der „Handels-Abgabe" und der „Tourismus-Abgabe" wären wir Deutsche die Hauptzahler, bei der „Waffenexport-Abgabe" müßten andere mehr zahlen, usw. Würde man die Abgabe an den Waffenexporten festmachen, so würden Erfolge in der Abrüstungspolitik zu sinkenden Leistungen in der Entwicklungshilfe führen - ein offenbar widersinniger Mechanismus; oder umgekehrt: tritt man für mehr Entwicklungshilfeleistungen ein, so müßte man bei dieser Abgabenlösung für zunehmende Waffenexporte sein. Die Abgabenvorschläge der Kommission könnten zu viel Diskussionsschaum führen - aus dem dann endlich nicht viel mehr übrig bleiben könnte, als der Rückzug auf den *Pearson-Bericht* von vor zehn Jahren. Da wäre es vielleicht besser, die rückfließenden Mittel aus öffentlicher Kredithilfe zweckbindend zu automatisieren (= Recycling der Zinsen und Tilgung öffentlicher Entwicklungshilfekredite).

Der Vorschlag, einen neuen „Weltentwicklungsfonds" zu schaffen, konfrontiert natürlich mit dem Bürokratieargument. Ich halte ihn auch zunächst für überflüssig. Wenn aber der geforderte massive Ressourcentransfer tatsächlich stattfinden würde, irgendwann in der Zukunft, dann bedarf es der sinnvollen Vergabe dieser Mittel und ihrer Kontrolle. Dies können auch eine reformierte *Weltbank* oder *IMF* nicht leisten.

Kritischer dagegen betrachte ich die positive Einschätzung weiter ansteigender Kreditströme von privaten Geschäftsbanken aus Industrieländern in die Entwicklungsländer: private Geldgeber haben nicht notwendigerweise die Interessen, die einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Dritten Welt dienlich sind.

12. Internationale Organisationen und Verhandlungen (Kapitel 16)

Daß eine Verbesserung und Aktivierung des *UN*-Systems notwendig ist, ist ein Selbstgänger. Darauf brauche ich also nicht einzugehen.

Ein paar Worte muß ich aber noch sagen zu dem in dem „Sofortprogramm 1980-85" vorgeschlagenen Gipfeltreffen. Diese Empfehlung ist sehr belächelt und kritisiert worden, mE mit einem falschen Argument: es gäbe schon 6000 *UN*-Konferenzen im Jahr, die letzten *UNCTAD* und *UNIDO*-Konferenzen seien ja ziemlich gescheitert. Mein Argument: das Gipfeltreffen liegt in der Logik des Berichts: einer Einschwörung auf gemeinsame Interessen! Daß dies ein „Konkordat der Eliten" ist oder sein könnte, habe ich bereits schon angedeutet. Daß es der Bereitschaft zum Gespräch und zu Verhandlungen bedarf, ist unbestritten, daß es der Anstöße dazu bedarf, wozu 25 berühmte Staatsmänner (und hoffentlich auch eine Staatsfrau) sozusagen als Animateure beitragen könnten, will ich nicht herunterspielen. Aber: es darf der Mobilisierung der Vielen, es bedarf des großen Gesprächs! Der Bericht enthält zu viele Vorschläge, die nur von gestandenen Politikern, von Experten, nicht aber von den Menschen in den Entwicklungsländern, oder von unserem „Mann auf der Straße" verwirklicht werden könnten. Bei aller Anerkennung der für den Laien gedachten Darstellungsweise und Sprache des Berichts: als Motor der Veränderung wird eben dieser Laie nicht (nicht genügend) begriffen. Für diese Mobilisierung, für dieses große Gespräch, zu dem wir ja heute einen Beitrag geleistet haben, auch wenn hier am Podium nur etablierte Expertokraten gestanden haben, kann vielleicht ein Motto gelten, eine Leitlinie, die (bereits) in der Bibel geschrieben steht: „Prüft alles - übernehmt das Gute!"

Anmerkungen

1 Vortrag beim Wirtschaftspolitischen Symposium der Evangelischen Akademie Tutzing zum Thema „Neubesinnung in der Entwicklungspolitik" am 26. Juni 1980 in Tutzing.

2 Titel der Originalausgabe: North-South. A Programme for Survival, Independent Commission on International Development Issues, New York 1980.
Titel der deutschen Ausgabe: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, Köln 1980.

3 Partners in Development. Report of the Commission on International Development, Chairman: Lester B. Pearson, New York, Washington, London 1969.

4 Reshaping the International Order. A Report to the Club of Rome, Coordinator: Jon Tinbergen, New York 1976.